

## Das Machtkartell wankt – nicht die Konkordanz

## Illusionen eines Potentaten

*Laurent Gbagbo hat sich als Unglück für Côte d'Ivoire erwiesen. Von Anton Christen*

Der Befund scheint eindeutig: Politikwissenschaftler, Staatsrechtler, Historiker und Politbeobachter orten in seltener Einmütigkeit Krisensymptome beim Regierungssystem der Konkordanz. Stellvertretend für viele sei hier der Zürcher Politikwissenschaftler Hanspeter Kriesi zitiert: «Polarisierung und Konkordanz gehen nicht zusammen», schrieb der renommierte Schweizer Politologe unlängst in diesen Spalten. Er stellte «einen Verlust an Transparenz, Glaubwürdigkeit und Vertrauen» fest und forderte die Politik auf, mittels inhaltlicher Koalitionen endlich «klare Verhältnisse zu schaffen». Ist dies realistisch? Und ist eine Koalitionsregierung in der Schweiz überhaupt wünschenswert?

### Phasen der Destabilisierung

Es trifft zweifellos zu, dass die politischen Verhältnisse unübersichtlicher geworden sind. Phase eins der Destabilisierung des Parteiensystems war die vielkritisierte Polarisation – vor allem zwischen 1991 und 2003. Die verstärkte Mobilisierung des rechtsbürgerlichen wie auch des rot-grünen Pols führte zu einer eigentlichen Erosion der Mitte. Das Paradoxe an der Situation: Mit der programmatischen Radikalisierung der Polparteien verloren die Moderat-Bürgerlichen zwar an Wähleranteilen, sie blieben in der Sachpolitik aber gleichwohl tonangebend. Ohne FDP und CVP läuft in Bundesbern nach wie vor nichts, zu klein ist die politische Schnittmenge von SVP und Rot-Grün. Die Schweiz wird mehr denn je aus dem Zentrum dirigiert.

Anders, als querbeet moniert wird, dürfte die Konkordanz durch die Polarisation aber nicht genuin geschwächt, sondern sogar eher belebt worden sein. Denn trotz der vielbeklagten Erosion der Mitte spielt die variable Geometrie wechselnder Koalitionen zwischen Links und Rechts munterer denn je. Die Allianzen sind vielfältiger geworden, es gibt – anders als noch in den achtziger Jahren – keine ewigen Minderheiten mehr, und es dominieren umgekehrt nicht länger die immergleichen Mehrheiten. Die Konkordanz mag unvorhersehbarer geworden sein, dafür aber flexibler. Das ist kein Schaden – und schon gar keine Krise.

Gerade dieser Befund lässt indes den Übergang zu einer wie auch immer gearteten «kleinen» oder «inhaltlichen» Konkordanz als wenig realistisch erscheinen. Es fehlen schlicht stabile Mehrheiten, diese variieren je nach Politikbereich. Eine Mitte-Links-Regierung würde in innenpolitischen Verteilungskämpfen am Parlament scheitern, eine Mitte-Rechts-Regierung würde in aussen- und europapolitischen Fragen regelmässig auflaufen – oder zumindest innerlich zerrieben. Es fehlen auch die institutionellen Anreize oder Zwänge, die das Parlament entsprechend disziplinieren könnten – ganz abgesehen vom ständig drohenden Volksveto.

Noch unrealistischer wird ein solcher Systemwechsel ferner wegen der Tatsache, dass inzwischen bereits Phase zwei der Destabilisierung des Parteiensystems angegangen ist: die Atomisierung der Mitte. Die von den Rändern des Parteienspektrums (GPS, SVP) abgespaltenen Kleinparteien GLP und BDP mischen die politische Szene von der Mitte her auf, womit die bürgerlichen Traditionsparteien FDP und CVP unter doppeltem Druck geraten sind. Der Trend zur Polarisierung scheint zwar vorerst gebremst, die politische Mitte wird dadurch aber nicht handlungsfähiger – zumal ihre Teile gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Parlaments- und Regierungswahlen eher nach Trennendem als nach dem Gemeinsamen suchen werden. Wie unter diesen fragilen Voraussetzungen in der Mitte auch noch Koalitionsverhandlungen mit den Polparteien zustande kommen sollen, bleibt der Phantasie der kritischen Theoretiker überlassen.

Das heisst nun aber keineswegs, dass im Spätherbst zwingend alles beim Alten bleiben muss. Auf der Linken spüren Grüne den Frühling, rechts legt sich die SVP ins Zeug, und in der Mitte könnten GLP, BDP und CVP auf die Idee kommen, gemeinsam den Sitz von Eveline Widmer-Schlumpf zu halten – was wiederum den zweiten FDP-Sitz unter-spülen könnte. Wie auch immer: Das Machtkartell wankt, wenngleich seine Exponenten noch strammstehen. Bei allem Wehklagen über die Konkordanz will derzeit jedenfalls keine Regierungspartei vom System der Allparteienregierung abrücken. Die Präsidenten von SVP, SP, FDP und CVP verteidigen nach wie vor die geltende Regierungsformel – je

zwei Sitze für die drei grössten Parteien, ein Sitz für die vierte. Die Parteichefs lehnen selbst minimale informelle Regeln ab, die für mehr Kohärenz in der Konkordanz sorgen könnten. Die Regierungsparteien wollen auch künftig Opposition spielen können und sich in ihrer Handlungsfreiheit nicht einschränken lassen – schon gar nicht inhaltlich.

### Minderheiten statt Mehrheiten

Es besteht die verklärte Vorstellung, Konkordanz sei früher harmonischer und kollegialer gelebt worden. Adolf Ogi weiss da ganz anderes zu berichten (vgl. Inland-Teil). Schon im ganz jungen Bundesstaat wurde übrigens über Gegensätze und Intrigen berichtet – und da bestand der Bundesrat ja schliesslich nur aus einer einzigen Partei, dem Freisinn: «Es fehlt der einheitliche Geist in diesem Körper», urteilte schon 1858 Bundesrat Jakob Dubs über die Regierung. Partei-Etiketten mögen seither mannigfach geändert oder getauscht worden sein, die Politik aber ist Politik geblieben. Eine Besonderheit indes zeichnet das Schweizer Konkordanzsystem seit je aus: Seine Institutionen fokussieren nicht auf das Zuspielen von Mehrheiten, sondern auf die Integration von Minderheiten. Die klare Zuweisung von politischer Verantwortung an einzelne Personen, Gremien oder Koalitionen ist somit systemfremd. Das Rätssystem ist umgekehrt sogar darauf ausgerichtet, das Parteiische in der Regierung auf ein Minimum zu reduzieren.

Um also auf die eingangs gestellte Frage zurückzukommen: Im Vielvölkerstaat Schweiz ist die Abkehr von der Grundidee des institutionellen Minderheitenschutzes nicht nur unrealistisch, sondern letztlich auch nicht wünschenswert. Man mag zudem den Bundesrat und seine Mitglieder schelten, wie man will: Die vielkritisierte Blockadepolitik geht nur im seltensten Fall von der Regierung selber aus; wichtige Gesetzesvorlagen und Projekte werden heute im Parlament torpediert, verwässert, überfrachtet oder zum Schluss in der Volksabstimmung beerdigt. Es ist nicht einsichtig, was der Ausschluss einer der beiden Polparteien aus dem Bundesrat an dieser Situation ändern könnte.

## Der Schnee ist weg – das Salz bleibt

*Wir verschleudern heute im Winter etwa dreimal so viel Salz wie noch Mitte der neunziger Jahre. Die Schäden durch den Winterdienst an der Vegetation wie auch an der gebauten Umwelt sind beträchtlich. Von Andreas Diethelm*

Wer sich im Hochsommer über Alleebäume wundert, die schon ein herbliches Kleid tragen, ist nicht einem exotischen Schädling auf der Spur, sondern der ganz normalen Folge der winterlichen Abwehrschiessung gegen den Schnee. Monatelang sickert das Salzwasser in den Wurzelraum der Strassenbäume, was diese aushungern und verdursten lässt. Das kümmert die Tiefbauämter allerdings wenig. Sie hängen sich zwar unter dem Label «Differenzierter Winterdienst» ein weisses Mäntelchen um und werben mit der Devise «So viel wie nötig, so wenig wie möglich» für Verständnis, meist entpuppt sich das aber als blosser Wortscham.

Wie es um die Sicherheit steht, in deren Namen die Salzschiessung geführt wird, zeigt die Unfallstatistik: Über 350 Crashes innert weniger Stunden beispielsweise am vergangenen 2. Dezember allein in der Deutschschweiz – ohne Glatteis, es hat bloss geschneit. Das Mittel heiligt den Zweck, und der Zweck bleibt Versprechen. Die Gründlichkeit, mit der hierzulande schädliches Chlorsalz flächen-deckend verstreut wird, ist international einmalig. In den 60 grössten Städten Deutschlands beispielsweise besteht ein Streuverbot im Fussgängerbereich, in Österreich generell für Nebenstrassen, auch in Salzburg! Die seit mehr als zehn Jahren praktizierte generelle Schwarzräumung rechtfertigen die zuständigen Stellen gerne mit drohenden Regressansprüchen nach folgenschweren Ausrutschern. Wer sich aber nach der konkreten Anzahl Haftungsfälle erkundigt, bekommt lediglich verlegenes Schweigen zu hören.

Als Hauptrechtfertigung dient den salzwütigen Winterdiensten eine Vergleichsstudie, die dem Streusalz gegenüber Splitt den Vorzug gibt. Ihr Schönheitsfehler: Sie hält keiner seriösen Überprüfung stand, denn sie stellt die falschen Fragen und beantwortet diese auch falsch. Obwohl kantonale Fachstellen die vereinfachte Ökobilanz der Empa St. Gallen als untauglich qualifizierten, dien-

te sie der Begründung der Praxisänderung, der Öffnung aller Salzschiessungen. Das Ergebnis der Gefälligkeitsstudie fand auch Eingang in das neue Chemikalienrecht, die bis dahin geltenden Anwendungseinschränkungen für Salz wurden praktisch aufgehoben. Zwei Jahre später wurde mit der faktischen Aufhebung des Salzregals das weisse Gift noch um ein Viertel billiger, die Folgen liegen auf der Hand beziehungsweise auf der Strasse.

Für die meisten Leute weniger augenfällig als die Schäden an der Vegetation sind jene an der gebauten Umwelt, und die sind happig: Anders als in der Schweiz wurden die direkten Kosten der durch Chlorsalze an Strassenbauwerken verursachten Korrosionsschäden in den USA ermittelt: Sie wurden auf 8,3 Milliarden Dollar beziffert, die indirekten Kosten bereits auf das Zehnfache, und dies war 2001. Eine eben veröffentlichte Nationalfondsstudie beziffert den jährlichen Erhaltungskostenbedarf für die dem Streusalz ausgesetzten Verkehrswege auf 3,3 Milliarden Franken. Von Versorgungs-, Entsorgungs- und Kommunikationsinfrastruktur sprechen wir noch nicht.

Nun kann man natürlich glauben, dass das Streusalz die Schweiz nicht angreift, weil wir so umweltbewusst streuen und die Sole so ökologisch verspritzt – und dass die Sanierungskosten im oberen dreistelligen Millionenbereich ja so oder so anfallen. Im Salzpreis sind sie nicht enthalten, in der Steuerrechnung sind sie drin. Die nun wieder aufgewärmte Forderung nach Aufhebung des Salzmonopols entspringt Partikularinteressen und nicht der Sorge um die Versorgungssicherheit. Die Folge wären ein höherer Salzpreis und eine ökologische Geisterfahreierei rund ums Mittelmeer, die Stadt Zürich hat es letzten Winter vorgemacht und schickte eine Lastwagenkolonne nach Tuzla, 1200 Kilometer ein Weg, diesen Winter bedienten sich Innerschweizer Städte (Luzern hatte allein am 17. Dezember 100 Tonnen verschleudert) in Süditalien, wieder 1200 Kilometer. Die Einfuhrbewilli-

gungen wurden übrigens ohne weiteres erteilt, wo also liegt das Problem mit dem Monopol? Es hindert ein paar ganz Schlaue an dubiosen Geschäften, für welche sie den Steuerzahlern eine gesalzene Rechnung präsentieren möchten. Die Aussicht, Salz vom Ural herankarren zu können, vom Baikasee und aus dem pakistanischen Punjab, ist den sogenannten Volksvertretern allemal einen parlamentarischen Vorstoss wert. Auch Somalia, Afghanistan und Nordkorea warten auf Salzorders aus der Schweiz. Das Salzhorten (der Bau eines zweiten Salzdoms wurde gerade beschlossen) dient der Mobilität und Sicherheit so wenig, wie es die Marktöffnung tun würde. Vordringlich sind die Abkehr von Mantras und eine Rückbesinnung auf die Eigenverantwortung.

Wir verschleudern heute durchschnittlich etwa dreimal so viel Salz wie noch Mitte der neunziger Jahre. Mutwillig wird Anfang Winter aller Schnee weggeschmolzen, der nicht auf Skipisten und Ferienhausdächer zu liegen kommt. Damit produzieren wir eine glitschige Pampe, mit der eingangs genannten Wirkung. Die Strassenbenutzer sind faktisch entmündigt worden, es wird ihnen im Winter Sommer vorgegaukelt, nur um einige Wochen später den Notstand zu erlebieren. Es ist Zeit, die irreführende Winterdienst-Doktrin der Schwarzräumung aufzugeben und auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene eine Verschleiss-Praxis, die keine Kostenwahrheit kennt, zu korrigieren. Die Wunderwaffe gegen den Winter existiert – glücklicherweise – nicht, aber wir haben diverse alternative Streumittel, die, je situativ eingesetzt, wirksam und dabei nicht zerstörerisch sind. Was bisweilen vergessen geht: Wir haben auch ein Strassenverkehrsgesetz, welches eigentlich das ganze Jahr durch in Kraft ist. Und es gibt Volkswirtschaften jenseits der Schweizer Grenze, die auch ohne Salzorgien im Winter nicht zusammenbrechen.

Andreas Diethelm ist Pflanzenbiologe bei «era\_consulting» in Zürich.

Vier Monate lang, seit seiner Niederlage in der zweiten Runde der Präsidentenwahlen von Ende November 2010, hat sich der ivoirische Machthaber Gbagbo der Illusion hingegeben, sein eigenes Volk und das Ausland an sein ebenso illegales wie illegitimes Verbleiben an der Staatsspitze gewöhnen zu können. «J'y suis, j'y reste», hatte er bereits vor jener zweiten Wahlrunde prophezeit. Daran hielt er sich dann auch. Da mochte der Sonderbeauftragte des Uno-Generalsekretärs für Côte d'Ivoire mit noch so grosser Überzeugungskraft nachweisen, dass sich die ivoirische Wählerschaft für Alassane Ouattara als Präsidenten ausgesprochen hatte – Gbagbo scherte sich keinen Deut darum. Er verwies die Blauhelmsoldaten und die als Eingreiftruppe der Uno fungierenden Franzosen der Operation Licorne des Landes, er hetzte seine Anhänger gegen die Uno-Truppen auf und kesselte den Wahlsieger Ouattara in einem Hotel in Abidjan ein. Aller Protest des Auslands prallte am durchtriebenen Machtmenschen Gbagbo ab, auch die Verhängung von Sanktionen durch die USA und die Europäische Union liess ihn kalt.

### Versagen der Afrikanischen Union

Die Drohung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) mit einer bewaffneten Intervention bestärkte paradoxerweise Gbagbo im Glauben, Ouattara auf Dauer um dessen Wahlsieg prellen zu können. Blitzschnell erfasste er den Sachverhalt, dass die Drohung der Ecowas leer war, dass keines der Mitglieder gewillt war, Soldaten für Ouattara zu opfern. Ein ähnlich leichtes Spiel hatte Gbagbo mit der Afrikanischen Union. Dort sorgten seine angolanischen und südafrikanischen Freunde dafür, dass es bei einer bloss verbalen Ermunterung für Ouattara und einem Vermittlungsversuch blieb, der die Hinhaltenaktik des Wahlverlierers eher bestätigte als durchkreuzte.

In diesem gefährlichen Ringen trat erst eine Wende ein, als Ouattara und seinem neuen Premierminister, dem früheren Rebellenführer Guillaume Soro, der Geduldsfaden riss. Sie erklärten die Periode der Verhandlungen für beendet und mobilisierten ihre bewaffneten Anhänger – Soro die Ex-Rebellen der Forces nouvelles, Ouattara Überläufer aus den Reihen der ivoirischen Streitkräfte. Bald zeigte sich, dass diese bis auf einige Eliteneinheiten nicht bereit waren, ihr Leben für ihren vom Machtwahn befallenen Oberbefehlshaber aufs Spiel zu setzen, zumal nun auch der Uno-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Gbagbo ergriffen hatte. Ausdrücklich ermächtigte der Sicherheitsrat die Blauhelmsoldaten in Côte d'Ivoire dazu, den Schutz der Zivilbevölkerung auch präventiv, mit Schlägen gegen schwere Waffen, sicherzustellen.

Als Gbagbos Loyalisten das Uno-Hauptquartier in Abidjan unter Mörserfeuer nahmen und auch nicht davor zurückschreckten, Verwundeten transportieren der Uno zu beschiessen, war die Grenze des Erträgliches auch für die zur Unparteilichkeit verpflichtete Weltorganisation erreicht. Auf die Aufforderung des Uno-Generalsekretärs hin zerstörten französische Kampfhelikopter gepanzerte Fahrzeuge, Flabgeschütze und Munitionsdepots, und die Blauhelmsoldaten beschossen Stellungen der Loyalisten unter anderem beim Präsidentenpalast und bei Gbagbos Residenz. Die Angriffe verschoben das militärische Kräfteverhältnis klar zugunsten der Truppen Ouattaras. Die wichtigsten Kommandanten der Gbagbo-Getreuen sahen sich zur Einstellung aller Kampfhandlungen genötigt, was wohl von allem Anfang an der intendierte, aber nicht offen deklarierte Zweck der Uno- und Licorne-Intervention war.

### Präzedenzfall verhindert

Doch Gbagbo verstand es, selbst aus seiner militärisch aussichtslosen Lage noch propagandistischen Gewinn zu schlagen. Wie schon nach dem zweiten Wahlgang bezeichnete er sich auch nach der Zerstörung seiner schweren Waffen als Opfer einer unerträglichen Einmischung der Franzosen, die Ouattara zur Macht verhelfen wollten. Solcherlei Spiele mit anticolonialistischen Ressentiments ziehen bei Gbagbos immer noch zahlreichen Anhängern. Wie Ouattara auch deren Vertrauen gewinnen und die aufgerissenen Gräben zwischen dem Norden und dem überwiegend Gbagbo zuneigenden Süden Côte d'Ivoires zuschütten kann, ist vorerst nicht ersichtlich. Nur wenige afrikanische Staatenlenker dürften ihm dankbar dafür sein, dass er mit tatkräftiger Hilfe der Uno einen gefährlichen Präzedenzfall in Afrika verhindert hat, den Fall nämlich, dass ein Machthaber sich keinen Deut um den Wählerwillen zu kümmern braucht.